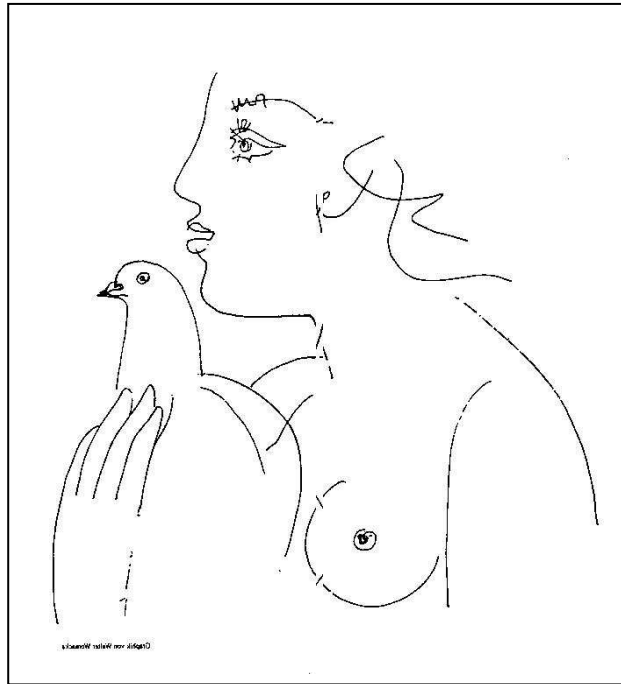


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 80



Sudetendeutsche Landsmannschaft, BDV, Frau Steinbachs Politik

von
LORENZ KNORR

Für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen

Laudatio
von
Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 10. Dezember 2010

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Lorenz Knorr (89 Jahre)

wurde am 10. Dezember 2010 mit dem

»Menschenrechtspreises der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM e. V.«

geehrt.

Aus diesem Anlass hielt er diesen Vortrag - den 50. seiner Vorträge im Jahr 2010

Das Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 enthält die Konsequenzen, die aus der faschistischen Schreckensherrschaft sowie aus den Raub- und Vernichtungskriegen NS-Deutschlands nach dem 8. 5. 1945 zu ziehen waren. Dieses Vertragswerk gehört zu den bedeutungsvollsten internationalen Vereinbarungen der drei großen Siegermächte der Anti-Hitler-Koalition, unterzeichnet von C. Attlee (der auf Churchill als Verhandlungspartner folgte), J. W. Stalin und H. S. Truman. Sie handelten stellvertretend für die gesamte Koalition contra faschistisches Deutschland. Erklärtes Ziel war die Schaffung einer dauerhaften friedlichen Nachkriegsordnung von Staaten unterschiedlicher Sozialstruktur, die Verurteilung des Krieges sowie das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und demokratische Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten. Die Realisierung der Rechte und Pflichten der Völker, nicht nur die der Siegermächte, sondern auch die des vom Faschismus befreiten deutschen Volkes stand auf der internationalen Tagesordnung. Die entscheidende Rolle der Völker beim Kampf gegen den Faschismus gehörte zum Inhalt des Potsdamer Abkommens. Alles, was künftig den Weltfrieden gefährden könnte, wollte man ausschalten. In Deutschland sollten die völkerrechtlichen Grundlagen für die restlose Überwindung von Faschismus und Militarismus wirksam werden. Zur Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage gehörte die Zerschlagung konzentrierter wirtschaftlicher Macht als potenzielle Gefahr nach innen und außen.

Bereits nach dem Treffen der Großen Drei in Jalta am 11. 2. 1945 konnte man den Kommentaren von BBC und Radio Moskau entneh-

men, dass künftig alle Deutschen in einem zunächst zu kontrollierenden Staat zusammengefasst würden. Die territoriale Unversehrtheit Polens und der ČSR sollte gewahrt bleiben. Folgerichtig enthielt das Potsdamer Abkommen im Art. XIII die Fixierung einer Überführung Deutscher aus Polen, der ČSR und Ungarn nach Deutschland. Ziel dieser Transfers war, die Unruheherde auszuschalten, die zur Auslösung des Zweiten Weltkriegs beigetragen hatten. In diesem Zusammenhang war es unwesentlich, ob Unruhen von Berlin aus gesteuert wurden oder nicht; ausschlaggebend blieb, dass einige Nachbarstaaten Deutschlands destabilisiert wurden und staatliche sowie internationale Unsicherheit zu dominieren begann.

Der geplante und auch realisierte Transfer sollte dem Weltfrieden und der europäischen Sicherheit dienen. Es war und blieb nüchternes Kalkül mit längerfristiger Perspektive ohne jedwede Emotionen - obwohl der Transfer selbst, auch wenn er geordnet durchgeführt würde, zweifellos menschliches Leid und anhaltende emotionale Wallungen mit sich bringen musste. Das übergeordnete weit gesteckte Ziel war die Ausschaltung von Faktoren, die eine den Frieden destabilisierende Wirkung produzieren konnten. (Diese realen Ursachen und Voraussetzung der Transfers dürfen niemals ausgeklammert werden!)

Selbst wenn das koexistenziell entstandene Potsdamer Abkommen von der US-Führung nach Erosion der Anti-Hitler-Koalition und der folgenden System-Konfrontation ignoriert wurde und die Adenauer-Regierung in Bonn es wegen ihrer machtpolitischen Begrenzungen ablehnte: für den Fall der Transfers bleibt es bedeutsam!

Nicht alle Transfers verliefen so, wie in Potsdam geplant. Die vom Faschismus und vom Zweiten Weltkrieg ausgelöste Barbarisierung sowie der Abbau individueller Hemmschwellen wirkten auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit! Der durch faschistischen Terror entstandene Hass auf alles Deutsche - den oft auch aktive Antifaschisten zu spüren bekamen, erschwerte zunächst geregelte Transfers. Die wahren Ursachen inhumanen Verhaltens gegen Deutsche in der ČSR und in Polen lagen in den Okkupations- und Kriegspraktiken der deutschen Faschisten. Da sollte niemand Ursache und Wirkung verwechseln! Wo es versucht wurde und auch heute noch wird, standen und stehen unlautere Ziele Pate bzw. bewusste Ablenkung von eigener Schuld!

1950 siedelten 8 Millionen Menschen in die BRD, die durch Transfers oder eigenmächtigen Wechsel des Staates als „Neubürger“ wirkten. Man sprach bis 1950 von „Flüchtlingen“ und „Umgesiedelten“. Zu bedenken ist dabei, dass von faschistischen Akteuren zur Flucht genötigte Menschen aus einigen deutschen Ostgebieten mit der Begründung die Heimat verlassen mussten, weil „deutsches Blut nicht in Feindeshand gelangen durfte!

Auch wenn die Integration der Neubürger trotz aller Anfangsprobleme relativ schnell erfolgte: Gedanken an die „alte Heimat“ blieben wach. Ebenso Bestrebungen, sich mit Bekannten aus der Zeit vor der Umsiedlung zu treffen.

Sonderfall: Deutsche aus der ČSR

Soweit es die Deutschen aus der ČSR betrifft, bleibt eine Spezifik anzumerken. Bereits vor dem Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938 wirkte der von Berlin aus angeleitete und kräftig forcierte „Volkskumskampf“ nach dem Motto: „Das Deutsche Reich reicht, soweit die deutsche Zunge reicht!“ höchst fanatisch auf die Anhänger Hitlers und Henleins, dem Vorsitzenden der faschistischen Sudetendeutschen Partei.

Der geschürte Hass bei den „Sudetendeutschen Heimatfrontlern“ auf tschechische und deutsche Antifaschisten führte zu skrupellosen Angriffen: 108 deutsche und tschechische Antifaschisten ermordete man vom Sommer 1938 bis 1. 10. 1938; über 2.000 verschleppte man über die Grenze; nur die Hälfte meldete sich nach 1945 wieder!

Im „Reichsgau Sudetenland“, wie der deutsch besiedelte Teil Böhmens und Mährens nun genannt wurde, verzeichnete die NSDAP die mit Abstand höchste Zahl an Parteimitgliedern gemessen an der Gesamtbevölkerung.

Die fanatische Vorprägung endete mit dem 8. 5. 1945 keineswegs: unter veränderten Bedingung wirkte sie weiter, wenn auch deutlich eingeschränkt! Viele sahen sich zur Anpassung an veränderte Bedingungen genötigt: aber manche wollten nach Möglichkeit „Flagge zeigen“.

Es war ein allgemeines Phänomen, das Ausgesiedelte organisierte Zusammenschlüsse realisierten. Obwohl die Sieger- und Besatzungsmächte solche Organisationen höchst kritisch bewerteten, kam es in Bayern bis Ende 1948 zur Bildung von ca. 50 Ortsgruppen der

„Sudetendeutschen Landsmannschaften“ (SL). Der Hauptverband der SL bildete sich 1950. Politischer Zweck der Gründung war, „den Rechtsanspruch auf die Heimat und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen“. Obwohl die SL nie mehr als 20 % der aus der ČSR ausgesiedelten Deutschen vereinte, machte sie sich mit Erklärungen und Aktionen deutlich bemerkbar. Man betonte die Opferrolle und verschwieg die Täterzeit. Der Anspruch auf Wiedergutmachung erlittenen Unrechts wurde lauthals und auch mit Flugblättern erhoben. Man ließ die Geschichte ab 1945 beginnen und blendete alles aus, was vorher geschah. Der „Kampf ums Geschichtsbild bestimmte die folgende Zeit. Erwähnt wurde, was der SL diene!“

Den politischen Spezifikationen gemäß bildeten sich innerhalb der SL die CDU-nahe Ackermann-Gemeinde, die SPD-orientierte Seliger-Gemeinde sowie der rechtslastige Witiko-Bund. Letzterer war die kleinste, aber die aktivste und lautstärkste Gruppe. An ihrer Spitze standen von Anfang an höhere und mittlere Funktionäre der NSDAP bzw. deren Gliederungen. Das erste Treffen dieser Nazis fand am 9. 11. 1947 in Waldkraiburg statt: Rupert Glass, ehemaliger Gauamtsleiter der NSDAP, Konstantin Höss, Kreisleiter der NSDAP, und Karl Krauß, SS-Obersturmbannführer waren die prominentesten Repräsentanten. In Stuttgart gründete man 1950 diesen Bund der Witikonen. Die geistige Orientierung lieferte der Österreicher Othmar Span: Er lehrte die Unterordnung des Niederen unter das Höhere sowie „das Beste soll herrschen“: Gemeint waren die Edelsten der Germanen! Walter Becher, einst NS-Funktionär, wirkte als 1.Vorsitzender; ihm folgten höhere Führer der Hitler-Jugend.

Das Organ des Witiko-Bundes, der Witiko-Brief, fördert revanchistisches Gedankengut und fordert auf: „Bauen sie für alle Vertreibungsgebiete eine oder mehrere Mahn- und Gedenkstätten nach der Art des Yad Vashem in Jerusalem!“

„Umsiedlung oder „Vertreibung“?

Bis 1949 war der Begriff „Vertreibung“ nicht bekannt. Die neutralen Termini „Flucht“ oder „Umsiedlung“ finden sich in Dokumenten und waren im Sprachgebrauch üblich. Mit dem Beginn der allseitigen Konfrontation, vor allem auf deutschem Boden, taucht zuerst bei Umsiedlern, vorwiegend von Ex-NS-Funktionären forciert, der Begriff

„Vertreibung“ auf! Dieser mit negativer Wertsetzung gefüllte Begriff ist mit einer direkten oder indirekten Schuldzuweisung verbunden. Und dies gegen die Regierungen von Staaten, in denen man einst sesshaft war; vor allem gegen die ČSR richteten sich Vorwürfe. Der mit Emotionen aufgeladene Begriff Vertreibung lenkt indirekt ab von den realen Ursachen der Transfers - das ist seine Funktion! - und stellt das natürlich vorhandene Leid in den Mittelpunkt. Die Verkehrung der Täter/Opfer-Rolle geht mit diesem Begriff einher und wird besonders betont! Aufschlussreich ist dabei, dass es den Promotern gelang, diesen Begriff im gesellschaftlichen Bewusstsein der Westdeutschen zu verankern! Und dies mit all seinen Implikationen: die „bösen Vertreiber“ und die „armen Opfer“! Betont wird stets das „Unrecht der Vertreibung“; deren Ursachen bleiben stets verschwiegen! Laut wird das „Recht auf Heimat“ betont. Dieses proklamierte Recht ist im geltenden Völkerrecht nicht zu finden! Es ist ihm jedoch ein hoher emotionaler Wert eigen. In vielen Verlautbarungen der Aussiedler-Verbände, bewusst als „Vertriebenen-Verbände“ bezeichnet, taucht dieses „Recht auf Heimat“ immer wieder auf. Die permanente Wiederholung des „Rechts auf Heimat“ verknüpft man stets mit „erlittenem Unrecht“!

Zwar wird nicht immer direkt ausgesagt, dass eine Revision der Nachkriegsgrenzen einzufordern ist von der Oder-Neiße-Grenze abgesehen - oder dass ein Eingriff in die Souveränität Polens bzw. der Tschechischen Republik erfolgen soll. Aber der über Jahrzehnte wach gehaltene und immer wieder betonte Passus „Recht auf Heimat“ und Aktionen mit dieser Losung produzieren Unsicherheit in diesen Staaten. Völlig normalisierte Staatsbeziehungen können nicht entstehen, solange eine laut sich artikulierende Gruppe das „Recht auf Heimat“ einfordert.

An dieser Stelle sei mir ein Einschub gestattet: Tausende Algerien-Franzosen, die nach der schwer erkämpften Souveränität dieses nordafrikanischen Staates nach Frankreich umsiedeln mussten, wurden von niemand mit einem „Recht auf Heimat“ konfrontiert! Die Algerien-Franzosen lebten sich in Frankreich ein. Viele dürften Erinnerungen an ihre frühere Heimat gepflegt haben. Revanchistische Ideen entfalten sich ebenso wenig wie derartige Praktiken. Das Kapitel Algerien war für diese Franzosen abgeschlossen. Politische Angriffe gegen die Regierung Algeriens bzw. Schuldzuweisungen blieben ausgeschlossen! Dieser Vergleich scheint mir wesentlich zu sein!

Mitte 1947 gründete sich die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ (SL). Walter Becher, einst NS-Aktivist, und Rudolf Lodgmann von Auen, der Hitler ein Ergebenheits-Telegramm geschickt hatte, waren die Sprecher der SL. In der „Eichstätter Erklärung“ vom November 1949 fasst man die „Grundsätze einer sudetendeutschen Europapolitik“ zusammen. Das SPD-Vorstandsmitglied Wenzel Jaksch, einst Vorsitzender der DSAP der ČSR vor 1938, wirkte dabei mit bekannten NS-Aktivisten zusammen: mit E. Lemke, NS-Nationalitätenforscher, mit S. Brehm, SS-Sturmbannführer, mit W. Hergl, SS-Hauptsturmführer und W. Becher. „Rückgabe der Heimat“ war der Haupttenor ihrer Erklärung.

Obwohl alle machtpolitischen Voraussetzungen für diese Forderung fehlten, erhob man sie immer wieder in Wort und Schrift.

Die SPD-Führung versprach sich offenbar zusätzliche Wählerstimmen, wenn einer ihrer Spitzenpolitiker zusammen mit hochgestellten Ex-NS-Amtswaltern derartige Forderungen präsentierte. Ausgeklammert blieb in Berichten der SPD-Presse, dass der später von der SPD-Leitung verurteilte Revanchismus dadurch Auftrieb erhielt. Erkannte man die politischen Folgen nicht, die von solchen Verbrüderungen und Forderungen ausgingen?

Schon damals konnte man wissen - und manche erklärten dies auch! -, dass es eine totale Fehlbewertung von Jaksch war, wenn er durch sein Engagement mit Ex-NS-Amtswaltern für das „Recht auf Heimat“ eintrat und davon deutlichen Nutzen für die SPD ankündigte. Die Basis der SL und auch des BdV war vom faschistischen Deutschland vorgeprägt: Das wirkte deutlich nach selbst wenn einige aus dem 8. Mai 1945 Konsequenzen gezogen hatten. Diese Leute hängten sich opportunistisch ein demokratisches Mäntelchen um, reagierten jedoch als brave oder aggressive Mitläufer der Ex-NS-Akteure. Sie unterstützten nicht Jaksch, wie sie mehrheitlich zu erkennen gaben, sondern ihre bekannten Führungspersonen von einst! Das alte Dilemma der SPD, nach Wählern zu jagen und am Bewusstsein der Menschen kaum etwas zu verändern im Sinne des demokratischen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit wirkte sich erkennbar aus! Die größte Zahl der Mitglieder der SL und des BdV blieben ihren alten/neuen Leitpersonen verpflichtet!

Im Januar 1950 bekräftigte der inzwischen konstituierte Bundesverband der SL in der Detmolder Erklärung das „Ziel der Wiederge-

winnung der Heimat“. Bewusst knüpfte man an die quasi faschistische Tradition der „sudetendeutschen Avantgarde des Volksturmkampfes“ an! Diese Erklärung wirkt bis in die jüngste Zeit! Förderung des „Heimatbewusstseins“ blieb Verpflichtung! Die Bundesversammlung der SL verstand sich als „Exilparlament“, das mit dem leitenden „Sudetendeutschen Rat“ kooperierte. Der Freistaat Bayern übernahm die Schirmherrschaft bzw. die Patenschaft für die SL. Man erklärte die ausgesiedelten Deutschen der ČSR zum „vierten Volksstamm Bayerns“ neben Franken, Schwaben und Alt-Bayern. Die „Sudetendeutsche Zeitung“ ist das Sprachrohr der SL. Erklärtes Ziel der SL ist, „die Verjährung des Völkermordes und Vertreibungsunrechts zu verhindern“. Der bayrische Ministerpräsident Stoiber stellte 800.000 DM für ein „Zentrales Denkmal für Flucht und Vertreibung“ zur Verfügung.

Verständigung im Atomzeitalter oder Konfrontation?

Es ist aufschlussreich, wenn auch folgerichtig, dass die SL zusammen mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt heftig attackierte. Ebenso aufschlussreich ist, dass dieser Protest schnell abflaute, als Brandt wissen ließ, dass die SPD-Mitglieder der SL einen eigenen Verband gründen könnten und dass Staatsgelder für eine Gruppierung gesperrt würden, die sich gegen die Regierungspolitik wendet!

Gleichwohl flammte der Protest gegen die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 erneut auf, als das Ziel der „guten Nachbarschaft“ fixiert wurde. Jede Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu einem „Vertreiberstaat“ versuchten SL und BdV zu blockieren. Die alte Parole „Rückgabe oder Entschädigung“ begleitete auch diesen Akt staatlicher Abkehr von der riskanten Konfrontation.

Der „Kampf um die Heimat“ galt und gilt als identitätsstiftend! Eine enge Gemeinsamkeit der Ausgesiedelten soll politische Kampfgrundlage bleiben. Die Fortexistenz des heimatlichen Brauchtums will man sicherstellen, auch durch demonstratives Tragen heimatlicher Trachten und Pflege heimatlicher Sitten. Die Kultur der einstigen Siedlungsgebiete lebendig zu halten und in die Zukunft zu retten, erkennt man als ständigen Auftrag.

Unter den Ewig-Gestrigen entstand da und dort eine aggressive Grundstimmung. Mit verbalen Protesten waren viele nicht zufrieden. Das weitverbreitete „Ostpreußenblatt“ z. B. vermittelt knallharte

rechtsextreme Positionen! Es erscheint in einem rechtsextremen Verlag. Schreiber der Neuen Rechten polemisieren in dieser Zeitung gegen das Potsdamer Abkommen - obwohl dieses allgemein kaum erwähnt wird: Es hindert daran, den konzentrierten Hass auf „die“ Tschechen und auf „die“ Polen zu lenken.

Politik des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV)

Alle Landsmannschaften, die SL, die Schlesische und die Pommerische sind im Bund der Vertriebenen (BdV) vereinigt. Der „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“, 1949 von L. Kather gegründet als Dachverband, ab 1954 „Bund der vertriebenen Deutschen“ benannt, fasste ab 1957 die Vereinigten Landsmannschaften und Landesverbände zusammen. Im Zenit seines Einflusses stand der BdV von 1951 bis 1954 durch seine Mitarbeit am Lastenausgleichsgesetz. 1950 plante der BdV zusammen mit dem Verband Ostdeutscher Landsmannschaften für 1950 einen „Tag der Heimat“. Mit der „Charta der Heimatvertriebenen“ gab man sich an diesem Tag ein „Grundgesetz“; man verkündete es am 5. 8. 1950 in Stuttgart. Zwar verzichtete man offiziell auf „Rache und Vergeltung“ - was angesichts der internationalen Machtverhältnisse kein besonderes Zugeständnis war; es kam ihm nur propagandistischer Wert zu -, betonte aber das „Recht auf Heimat“. In der Folge forderte man dies vehement ein; es blieb bis heute eine zentrale Aufgabenstellung.

Vor allem in Polen und in der Tschechischen Republik erkennt man diese Forderung als Bedrohung! Einer zwischenstaatlichen Normalisierung steht diese Forderung entgegen! In der Charta von 1950 heißt es: *„Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen und der vom Leid der Zeit am schwersten Betroffenen empfinden ... Das Schicksal der Heimatvertriebenen ist ein Weltproblem, dessen Lösung anstehe“*.

Aufschlussreich ist, dass auch diese Charta die Opferrolle der Ausgesiedelten betont und die vorausgegangene Täterschaft verschweigt. Diese Charta gilt als ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen.

Der BdV erklärt sich als „Schicksalsgemeinschaft“: *„Die Heimat ist nicht verloren, solange wir in Treue zu ihr stehen!“* Dies wird in Wort und Schrift immer wieder betont!

In diesem Sinne trat der BdV in der Folgezeit immer wieder an die Öffentlichkeit. Als 1998 Frau Steinbach als Präsidentin des BdV ge-

wählt wurde, bestand unter politischen Beobachtern Übereinstimmung, dass nun mit härteren Bandagen um das Schicksal der Aussiedler sowie ihrer Kinder und Enkel gefochten würde. Die in jüngster Zeit verschärfte Aggressivität des BdV wird Frau Steinbach zugeordnet.

Die sogenannte „Erlebnis-Generation“ der Ausgesiedelten ist nur noch eine kleine, aber radikale Minderheit. Die Nachgeborenen jedoch, die die alte Heimat ihrer Eltern kaum kennen, bleiben aktiv als „Bekennner-Generation“. Einige von ihnen treten in der Öffentlichkeit aggressiv auf wie die Personen der „Erlebnis-Generation“.

In diesem Zusammenhang ist aufschlussreich, dass der Status „Vertriebener“ oder „Vertriebene“ vererbbar ist! Das ergibt sich auch aus dem Vertriebenengesetz von 1953, an dem die Funktionäre des BdV beachtlichen Anteil haben. Der angemeldete Anspruch auf Rückkehr in die alte Heimat betrifft also nicht nur die sogenannte „Erlebnis-Generation“, sondern auch deren Nachfahren, die „Bekennner-Generation“! Vermittelt durch Verlautbarungen des BdV und der Landsmannschaften heißt es immer wieder: „Für die Heimat gibt es keinen Ersatz!“ Und dies, obwohl viele der Nachfahren der erwachsenen Aussiedler längst einen gesicherten Platz in der deutschen Gesellschaft fanden.

Zum „unsichtbaren Fluchtgepäck“ gehört nach Bekundungen des BdV und der Landsmannschaften nicht nur das Kulturgut der verlorenen Heimat, das es zu bewahren gilt, sondern auch der permanent zu erhebende Anspruch auf Rückkehr! „*Der Kampf um den deutschen Osten wird nicht aufgegeben!*“, wird immer wieder erklärt und geschrieben! Es gäbe keinen „Totalverzicht“, sondern nur ein vorläufiges Abfinden mit der Aussiedlung! Heimat ist und bleibt die Lebensphilosophie! Jugendgruppen des BdV sollen „die zweite Schlacht um den deutschen Osten gewinnen“ helfen! „*Tausend Jahre Deutschtum in den östlichen Ländern werden verspielt, wenn keine geschulte und einsatzbereite junge Generation nachwächst!*“, heißt es in Texten des BdV! Heimweh sei zwar nicht vererbbar, Heimat sei jedoch nicht nur eine geographische Größe, sondern ein Kulturkomplex, der vererbbar sei!!

Ich wiederhole: Heimat sei ein Kulturkomplex, der vererbbar sei!! Insofern sei Heimat ein Phänomen, das nicht auf jene Generation begrenzt sei, die dort lebte und „vertrieben“ wurde. - Solche Bekun-

dungen sind zwar höchst spekulativ! Aber diese Spekulation wird als Realität erkannt und ständig weitergegeben!

Streitobjekt: „Zentrum gegen Vertreibungen“

Ein spezielles Objekt des BdV und ein besonderes Anliegen von Frau Steinbach ist das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“. Zunächst im Singular vorbereitet, sollte es den Zeitgenossen drastisch vor Augen führen, was die Aus- und Umsiedlungen, in ihrer Sprache die „Vertreibungen“ an Leid mit sich brachten. Nach ersten Einwänden ging man zum Plural über und versuchte, andere Umsiedlungen in Europa in eine Reihe zu stellen mit denen der Deutschen nach 1945 - ohne die jeweilig grundverschiedenen Ursachen solcher Aktionen zu thematisieren. Es wurde und wird z. B. total verdunkelt, dass die deutschen Hitler-Anhänger in der einstigen ČSR höchst aggressiv gegen tschechische und deutsche Antifaschisten vorgingen und dass sie für die kriegsvorbereitende Amputation der ČSR 1938 in hohem Masse mitverantwortlich waren: Ihre eingelernten Parolen „Wir wollen heim ins Reich!“ „Führer mach uns frei von der Tschechoslowakei!“ und „Mit den Tschechen können wir nicht mehr leben!“ lieferten Hitler die bestellten Begründungen gegenüber den Westmächten, das sogenannte „Sudetenland“ zu „befreien“.

Ein Test für das geplante Zentrum war eine vorgezogene Ausstellung des BdV „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des XX. Jahrhunderts“. Zunächst konfrontiert man die Besucher mit anderen Umsiedlungen, deren Opfer allerdings nicht - wie z. B. bei den deutschen Hitler-Anhängern in der ČSR - erhebliche Schuld auf sich luden bzw. an Verbrechen mitbeteiligt waren. Die „Vertreibung der Deutschen“ beginnt damit, dass „die Rote Armee ... 1944 panischen Schrecken verbreitete“. Verschwiegen wird, dass vorher ein barbarischer Vernichtungskrieg gegen die Völker der UdSSR stattfand! Ausgeklammert sind z. B. die Befehle der Marschälle Manstein und Reichenau, wonach „das jüdisch-bolschewistische System ein für alle Mal ausgerottet“ werden muss! Es handele sich ja um „minderwertige Rassen“. 30 Millionen Menschen wollte man im Sinne von Hitlers „Technik der Entvölkerung“ ausrotten - was beim Internationalen Militär Tribunal 1945/46 in Nürnberg mehrfach belegt wurde! Angeblich - so der Text der Ausstellung des BdV - hätten mit Kriegsbeginn die Planungen für Umsiedlungen begonnen. Dabei bleibt ausgeklammert,

dass es ohne die faschistischen Raub- und Vernichtungskriege und die singulären Gewaltverbrechen keine Aussiedlungen gegeben hätte! In der Ausstellung heißt es dagegen: „Die Umsetzung der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaates ist die Ursache der Vertreibung“. Weil es angeblich überall Nationalismus gab, bleibt der deutsche Nationalismus eingebettet in allgemeinen Nationalismus, also keine Besonderheit! Auch in diesem Falle wird verschwiegen, dass es in Deutschland nicht nur Nationalismus, sondern zugleich Rassismus und ein Höchstmaß an Intoleranz und Massenmord gab!

Für die „Westverschiebung Polens bis an die Oder-Neiße-Grenze“ sowie für alle Umsiedlungen seien Stalin und die UdSSR verantwortlich! Kein Wort davon, dass dies Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition waren! Es fehlt auch der wesentliche Hinweis, dass die „Curzon-Linie“, also die Fixierung einer internationalen Kommission 1923 jener Grenze zwischen Polen und der UdSSR ab 1945, die vertraglich vereinbarte Grenze zwischen der UdSSR und Polen wurde und blieb! Der Ausgleich für Polen war und ist die Oder-Neiße-Grenze! Soweit es die ČSR betrifft, machte man in ihr angeblich die Deutschen „kollektiv“ für die Verbrechen Hitler-Deutschlands verantwortlich. Wieder falsch! Ca. 20 % der Deutschen in der ČSR, die Antifaschisten, erhielten 1945 die Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten! Die Instrumentalisierung der sogenannten „Sudetendeutschen“ im „Plan Grün“ des deutschen Generalstabs des Plans zum Überfall auf die ČSR, blieb verschwiegen! Auch die Verbrechen der deutschen „Freikorps“, die von deutschem Boden aus Antifaschisten im Grenzgebiet überfielen und ermordeten, sind eine Leerstelle in der Ausstellung. Kein Hinweis, dass deutsche Hitleranhänger in der ČSR sich als „Herrenmenschen“ verstanden, die von einem angeblich „minderwertigen Volk“ nicht regiert werden wollten! Die Beneš-Dekrete hätten die „Entrechtung und Enteignung der Deutschen“ bewirkt. Ausgeklammert in diesem Zusammenhang bleibt, dass etwa 80 % der Deutschen in der ČSR „Heim ins Reich“ wollten und verkündeten „Mit den Tschechen können wir nicht mehr zusammenleben!“ Die Konsequenz 1945: 80 % der Deutschen in der neuen ČSR erhielten die Staatsbürgerschaft nicht mehr! Seit dem Münchener Abkommen jubelten sie bekanntlich, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten! Nun hatten sie diese!

Die Enteignung deutschen Besitzes in der neuen ČSR betraf vorwiegend Fabriken und Villen! Gewiss: Der eine oder andere besaß ein

kleines Häuschen! Damit aber war der Schaden, den die Tschechen nach 1938 erlitten, keineswegs ausgeglichen! Der Terminus „Aussiedlung“ oder „Vertreibung“ ist in keinem Dekret von Beneš zu finden! Man erklärt Beneš verantwortlich für das, was die Potsdamer Mächte verantworten! Die BdV Leute greifen aber nicht die Anti-Hitler-Koalition an, sondern konzentrieren alle politischen Attacken auf Beneš.

Vieles, was in der Ausstellung dargestellt ist, verfasste der Nationalismusforscher Lemberg, der in Hitler-Deutschland eine beachtliche Karriere absolvierte! Es ist Psychologische Kriegsführung, was diese Ausstellung präsentiert! Die Schüler ihres Meisters Goebbels werden sich freuen!

Weil diese Ausstellung der Test für das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ darstellt, weiß man in etwa, was von diesem Zentrum zu erwarten ist - wenn die Gegenkräfte nicht wirksam werden und diesen Akt der Geschichtsfälschung verhindern!

Die rot-grüne Bundesregierung zog zwar die Kompetenz für dieses geplante „Zentrum“ an sich. Das gilt auch für die jetzige Bundesregierung. Es ist also aus der alleinigen Verantwortung des BdV und der Frau Steinbach genommen. Weil es aber fast dieselben Gestalter des geplanten Zentrums sind, die auch das staatlich Verantwortete ausgestalten sollen, wird man keine tief greifenden Richtigstellungen erwarten dürfen.

Permanentes Ärgernis: Frau Steinbach

Vor Kurzem erschien das Buch von Frau Steinbach „Die Macht der Erinnerung“. Nach gründlicher Lektüre neigt man dazu, dieses Werk zu betiteln: „Die Folgen ständiger Selbsttäuschung“! Das vielfache Verwechseln von Ursache und Wirkung charakterisiert dieses Opus. Wenn sie z. B. die „Reaktionen“ der deutschen Wehrmacht auf „die grausame Gewalt von Titos Partisanen“ als zu schwach beschreibt, klammert sie aus, dass vorher ein deutsch-faschistischer „Vernichtungskrieg“ gegen Jugoslawien stattfand! Dieser Vielvölkerstaat verzeichnete als Folge von Krieg und Okkupation prozentual die höchste Quote an massakrierten Menschen gemessen an der Bevölkerungszahl! Nicht erwähnenswert für die Autorin! Sie beklagt 15 Millionen „Vertreibungsoffer“ - diese Zahl ist nicht bestätigt, sondern über den Daumen gepeilt! Dabei verschweigt sie, dass belegt 15 Millionen

Russen vertrieben wurden, wozu noch einige Millionen vertriebener Polen zu bedenken sind!

Immer wieder taucht in ihrem Buch der Begriff „Vertreibungs-Verbrechen“ auf. Damit klassifiziert sie die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens indirekt als „Verbrecher“! Das von den deutschen Faschisten in Polen angerichtete „Schlachthaus“, so Frau Steinbach, setzt sie gleich mit der Politik Beneš nach 1945! Ist dieser Frau bewusst, welche Vergleiche sie anstellt? Oder ist das Böswilligkeit? Vertreibungen seien ein vor dem Krieg geplantes „Großverbrechen“ schreibt sie. Unerwähnt lässt sie, dass erst die Singularität der NS-Verbrechen und die Teilnahme vieler Ausgesiedelter zu den Transfers führten! Frau Steinbachs Absage gegen jede Schlussstrich-Politik bedeutet expressis verbis das Wachhalten der Erinnerung an die „Vertreibungs-Verbrechen“! Den „Tag der Befreiung“ am 8. 5. 1945 relativiert sie in mehrfacher Hinsicht! Wiederholt betont sie das „Recht auf Heimat“ und das „Rückkehrrecht!“ Den Terminus „Revanchismus“ betrachtet sie als „kommunistische Desinformation, obwohl sie ständig Revanchismus predigt“. In einem abgedruckten Brief beschreibt sie die Wehrmachts-Ausstellung als „klassische Verhetzung“! Die Aussiedlung sei Teil der „deutschen Identität“, also ein Problem aller Deutschen. Es sei Sache der europäischen Völker, dass das „Recht auf Heimat“ für alle Umgesiedelten realisiert werde! Sie beklagt, dass die „Propaganda der DDR“ den BdV als „*Sammelbecken für Revanchisten und Nationalsozialisten*“ kritisierte und verschweigt, dass hohe NS-Funktionäre zu den Gründungsvätern des BdV gehörten und dass viele NS-Amtswalter im BdV tätig waren und auf das Bewusstsein - nicht nur der BdV-Mitglieder - Einfluss nahmen.

Frau Steinbach schreibt „ vom Nationalsozialismus geprägtes oder extremistisches Gedankengut hat niemals Einzug in unsere Verbandspolitik gefunden.“ Sie klammert aus, was in manchen Publikationen des BdV nachzulesen ist, dass maßgebliche Sprecher des BdV sehr wohl NS-Gedankengut äußerten, mitunter in abgeschwächter Form.

Frau Steinbach nutzte schon öfter die Gelegenheit, ihre Geschichtskennntnisse zu beweisen. So z. B., als sie die Umsiedlungen gleichsetzte mit den Vernichtungslagern Auschwitz, Treblinka, Maidanek und Sobibor! Den geplanten und realisierten Massenmord der Hitler-Anhänger stellt sie auf dieselbe Stufe wie die aus Gründen des Weltfriedens erfolgte Zusammenfassung der Deutschen in einem Staat! Frau

Steinbach erklärte: „*Im Grunde genommen ergänzen sich die Themen Juden und Vertriebene ... dieser entmenschte Rassenwahn hier wie dort*“. Sie stellte damit die Unterzeichner des Potsdamer Abkommens wegen des Art. XIII auf dieselbe Stufe wie Hitler!

Von Frau Steinbach wird nicht thematisiert, dass die von ihr in Schutz genommenen deutschen Hitler- und Henlein-Anhänger in der ČSR vom Sommer 1938 bis zum Münchener Abkommen am 29.9.1938 108 deutsche und tschechische Antifaschisten erschossen und mehr als 2.000 über die Grenze verschleppten: Nur etwa die Hälfte meldete sich 1945 zurück! Etwa 1.000 kamen ums Leben. Diese Wiederholung scheint mir wesentlich! Kein erwähnenswertes Verbrechen?

Hier soll keine Aufrechnung erfolgen! Die von Frau Steinbach verschwiegenen Fakten bedürfen jedoch der Benennung! Die Präsidentin des BdV klammert aus, dass Hitler-Deutschland die einst deutsch-besiedelten Gebiete der ČSR nicht ohne aktive Mithilfe der Henlein-Partei bzw. deren Mitglieder hätte okkupieren können. Die faschistischen Deutschen in der ČSR halfen tatkräftig mit eine funktionierende bürgerlich-parlamentarische Demokratie zu zerschlagen zugunsten des faschistischen Deutschen Reiches! - Viele antikommunistische Passagen charakterisieren das Buch von Frau Steinbach.

Die Ostpolitik von Bundeskanzler Brandt brachte entschiedene Gegnerschaft des BdV, so Frau Steinbach; „Turbulenzen“ waren die Folge: diese verschärften sich mit Brandts Reise nach Warschau und der Unterzeichnung der Ostverträge. Sätze wie „Brandt an die Wand!“ oder „Verzicht-Politiker“ seien zu hören gewesen! „Verrat war dies damals, so Frau Steinbach; weil man gesicherte Ansprüche aufgab ohne Gegenleistung“. „Emotionen auf beiden Seiten überlagerten die Ratio“ – notiert Frau Steinbach. Begeisterung bei den einen, weil die Atomkriegsgefahr reduziert wurde (Mein Einschub: in der DDR sprach man von „Konterrevolution auf Filzlatschen“) – zurück zu Frau Steinbach, Bestürzung und Hass beim BdV und anderen, weil indirekt bestehende Grenzen anerkannt wurden als Voraussetzung für entspannte Beziehungen von Staaten.

Frau Steinbach erwähnt häufig den BdV, nicht aber seine beiden Gründungsväter. Der eine war L. Kather, dessen NS-Karriere bereits erwähnt wurde, der andere war Baron und General Manteuffel-Szöge, der am 24. 3. 1968 während der Debatte über die atomare Aufrüstung der BRD von „ausrotten“ sprach. Auf eine Rückfrage eines MdB, ob

er von "ausrotten" sprach, bekräftigte er, dass „das Böse ausgerottet“ werden müsste!“ Gemeint war die damalige UdSSR! Kein faschistisches Gedankengut beim BdV ?

Es ist aufschlussreich, dass Frau Steinbach lobend zur "Charta der Vertriebenen" vom 5. 8. 1950 erklärt: „Hätten sich die Heimatvertriebenen an diesem Tag für einen anderen Weg entschieden, für einen Weg der Gewalt, so sähe Deutschland heute anders aus!“ Da fragt man, welcher Art die Gewalt gewesen sein könnte, von der Frau Steinbach sprach. Über Panzer verfügte der BdV nicht. Genug Einfluss auf die Politik, die Gewalt, also Krieg, anwendet, hatte der BdV nicht, selbst wenn er oft als pressure group wirkte. Welche Vorstellungen vom Zusammenleben der Menschen und Völker im Atomzeitalter mag Frau Steinbach hegen?

Die skandalöse Hetze des Herrn Sarazin gegen alles, was nicht „deutsch“ ist, lässt sich zwar inhaltlich nicht mit Frau Steinbachs Tiraden gegen Umsiedlungen Deutscher nach 1945 vergleichen. Aber beide, Frau Steinbach ebenso wie Herr Sarazin, vernebeln die Realitäten! Sie fördern Hass und politischen Irrationalismus. Gegen beide ist das Licht der Aufklärung und die Förderung politischer Vernunft höchst hilfreich!

Das Problem Steinbach ist nicht nur ein politisches und rationales; es ist zugleich ein psychologisches! Wo Frustrationen und Minderwertigkeitskomplexe überkompensiert werden, kann Geltungssucht und Aggressivität die Folge sein.

Man sehe mir diesen Ausflug in die Psychologie nach. Jedoch ist manches Verhalten von Frau Steinbach eben nicht nur politisch und rational zu verstehen!

BdV als Instrument imperialistischer Politik

Abschließend bleibt zu klären, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Landsmannschaften und der BdV sich entwickeln und als pressurer group im negativen Sinn zu wirken vermochten.

In einem Staat, der von Anfang an massiv Anspruch erhob auf Territorien weit über sein eigenes Gebiet hinaus, wirkten revanchistische Verbände nicht als Fremdkörper! Sie waren und blieben Teil jener gesellschaftlichen Basis, die den Expansionsplanern Adenauers und den mit ihm liierten Wirtschaftskräften folgten. Wenn Bundeskanzler

Adenauer wiederholt Ländereien einforderte, die vor 1945 zu Deutschland gehörten, so stimmten die Landsmannschaften und der BdV mit ihm völlig überein! Jedoch beschimpfte die SL Bundeskanzler Erhard als „Verräter“, als dieser die Grenzen von 1937 forderte und die einst deutsch besiedelten Gebiete der ČSR unerwähnt ließ!

Mehrfach hatte Adenauer die „Befreiung“ der Deutschen in der DDR gefordert und sich geweigert, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen! Dies war ganz im Sinne der Mehrheit ausgesiedelter Deutscher! Da spielte auch Wahltaktik eine Rolle. Der spätere Bundespräsident G. Heinemann warf am 19. 11. 1953 Adenauer vor, *„die machtmäßige Überwindung des Bolschewismus mit Kanonen und Bomben als christlichen Auftrag einzukleiden“*. Ähnlich wie Adenauer forderte es auch einer der Gründer des BdV, Graf Manteuffel-Szöge im Bundestag während der Debatte über die atomare Aufrüstung der BRD! Erneut war es G. Heinemann, der am 5. 9. 1965 Adenauer vorwarf, er wolle die BRD als „westliche Speerspitze“ gegen die Ostblock-Staaten aufrüsten.

Diese höchst riskante Politik der CDU-geführten Bundesregierung deckte sich mit der der USA-Führung. Ex-Außenminister der USA, J. F. Dulles, schrieb in seinem Buch *„Krieg oder Frieden“* 1950: *„Ein wiederbelebtes Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ost-Deutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen militärischen und politischen Positionen in Polen in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in anderen angrenzenden Ländern unterminiert“*

Die Landsmannschaften und der BdV wirkten also auch indirekt als Instrument des US- und des deutschen Imperialismus, wenn sie mit ihren „Recht auf Heimat“ ehemals deutsche Gebiete zurückfordern! Landsmannschaften und BdV dienten dem Imperialismus als Basisakteure, um zusätzliche Absatzgebiete, Rohstoffe und Kapitalanlage-möglichkeiten zu gewinnen! Auch wenn Landsmannschaften und BdV relativ selbständig operierten, blieben sie Instrument des Imperialismus. Ein interessantes dialektisches Problem!

Zu ergänzen ist, dass Repräsentanten des BdV und der SL mit großen Geldscheinen in den einst deutschen Gebieten der ČSR - und nicht nur dort! - nach Personen suchen, die ihre Parolen als Tschechen nachplappern und der Propaganda des BdV und der SL einen großen

Dienst erweisen. Man greift also nicht mehr primär politisch an, sondern versucht mit Geld aus den Kassen der BRD expansive Ziele zu erreichen! Auch das ist im Interesse des deutschen Imperialismus! Insofern fördert man den BdV und die Landsmannschaften auch weiterhin mit Kapital - fürs Kapital!

Gründer und Führungspersonal des BdV gehören nicht zu den politischen Erben der europäischen Aufklärung und des Humanismus; sie waren und sind ihre Gegner!

Die politischen und kulturellen Erben der europäischen Aufklärung und des Humanismus sollten stärker als bisher gegen die zunehmenden Fälschungen der Geschichte auftreten und ihre Alternativen bzw. ihre Richtigstellungen im gesellschaftlichen Bewusstsein verankern.

Gestatten Sie mir einen letzten aktuellen Nachtrag:

Bundespräsident Wulff forderte die Bevölkerung der Tschechischen Republik vor kurzem auf, zur Auseinandersetzung mit der Umsiedlung Deutscher.

Dem Bundespräsidenten ist zu raten, statt ungebetene Ratschläge zu erteilen, die Mitglieder der Bundesregierung an ihren Amtseid zu erinnern, bei dem sie schwuren, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben! Ihr geleisteter Eid kollidiert jedoch krass mit ihrer politischen Praxis, nämlich das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zu ignorieren. Die ständige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben ist ein Skandal, der mit ihrem Amtseid im Widerspruch steht. Wie nennt man den Widerspruch zum geleisteten Eid? – Meineid § 156 StGB!

Es gibt viel zu tun! Packen wir's an!

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen

Laudatio

Den Tag der Menschenrechte begehen wir in einem Land, in dem es üblich geworden ist, dass Regierungspolitik einerseits Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik verschweigt oder leugnet,

während sie sich andererseits gegenüber anderen Staaten als „Lehrmeister“ in Fragen Menschenrecht gebärdet.

Nun kann allerdings hierzulande nicht davon gesprochen werden, dass der „Glaube an die Würde und den Wert der menschlichen Person“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt, schon zur Realität geworden sei. Oder dass „sozialer Fortschritt“ die Richtlinien und das Handeln der Politik bestimmten. Oder dass „innerstaatliche Maßnahmen... „Jedermann“ die Möglichkeit böten, „für die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit die unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ in Anspruch zu nehmen. Vielmehr vollzieht sich im Ergebnis der globalen Krise, wie der US-Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz nicht nur für die USA befand, „eine der größten Umverteilungen von Vermögen innerhalb so kurzer Zeit, die es je in der Geschichte gab.“

Armut allgemein und Altersarmut im Besonderen nehmen ebenso zu, wie der Niedriglohnsektor oder die Zwei-Klassenmedizin. Sozialabbau geht mit Demokratieabbau einher. Die BRD führt seit über einem Jahrzehnt wieder Krieg und die Bundeswehr tritt bei Auslandseinsätzen das elementare Recht auf Leben mit Füßen.

Mit der heutigen Vergabe des Menschenrechtspreises der GBM erfolgt die Ehrung eines Menschen, der sein Leben dem Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte gewidmet hat.

Als Verehrer der Französischen Revolution betrachtet Lorenz Knorr als deren wichtigstes Gedankenerbe die „Volkssouveränität, volle Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen und soziale Demokratie sowie Kontrolle des politischen Systems durch Staatsbürger und Kommunen.“

Er schätzt dieses Gedankenerbe um so mehr, da im Gegensatz dazu die deutsche Entwicklung ernste demokratische und soziale Defizite aufweist und schließlich mit der faschistischen Barbarei die Welt mit einem Vernichtungskrieg überzog, der sich in einigen okkupierten Ländern unseres Kontinents zur „Technik der Entvölkerung“ steigerte. Seine Gedanken über die Emanzipation und Selbstentfaltung des Menschen in einer sozialistischen Zukunft, bei einem „zweiten Versuch“, sind, wie er sagt, angeregt vor allem durch die Frühschriften von Marx, ohne dessen Spätschriften und das Hauptwerk, das „Kapital“, etwa gering zu schätzen. Sie vermitteln eine realistische Anthropologie und ein Menschenbild, das in enger Verbindung zum jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand steht. Eine Gesell-

schaft der Gleichen und Freien, ermöglicht durch – wie Marx sagte - die „Umwerfung aller Verhältnisse, die den Menschen erniedrigen, entwürdigen, unterdrücken“ – das ist sein Leitbild. „Sozialer Fortschritt in eine friedlichen Welt“ ist sein Streben. Der Mensch als ganzheitliches Wesen in einer ausbeutungs- und kriegsfreien solidarischen Weltgesellschaft, wie Marx sie vorzeichnete.

Lorenz Knorr kommt aus einer sozialistischen Arbeiterfamilie. Er wird als 14-Jähriger in seiner Heimatstadt Eger (Cheb) als Funktionär der Gewerkschaft der Buchdrucker gewählt, Als 16-Jähriger übernimmt er den 1. Vorsitz der Vereinigten Sozialistischen Jugend, der Gewerkschaftsjugend und der Arbeiter-Turn- und Sportorganisation in Eger. Gemeinsam mit tschechischen Gleichgesinnten gewinnt er erste wichtige Erfahrungen im antifaschistischen Kampf gegen Hitlers „Fünfte Kolonne“, die Sudetendeutsche Partei Henleins in der ČSR. Ein Kampf, der gegen das Ziel der Naziführung, das „letzte bürgerlich-demokratische Bollwerk in Mitteleuropa“ zu liquidieren, gerichtet ist. Das faschistische Deutschland will die Aufmarschbasis für die in Hitlers „Mein Kampf“ verkündete „Eroberung neuen Lebensraumes in Osteuropa“ verbreitern.

Auseinandersetzungen mit den Henlein-Horden bestimmen immer öfter seinen politischen Alltag wie auch Transporte von illegalen antifaschistischen Materialien über die Grenze ins Fränkische zu SPD- und KPD-Mitgliedern.

Nach dem Anschluss deutsch besiedelter Gebiete der ČSR in das „Reich“ gerät er in die Fänge der Gestapo und wird inhaftiert.

Mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen und der Auslösung des Zweiten Weltkrieges erhält sein antifaschistischer Kampf eine neue Qualität: Antifaschistischer Kampf verschmilzt mit dem Kampf gegen den Krieg.

In die Wehrmacht gepresst, setzt er seine antifaschistische Tätigkeit fort, gründet kleine Widerstandszellen und kooperiert mit polnischen Partisanen. Nach schwerer Verletzung als Funker eingesetzt, nimmt er über das neutrale Ausland Verbindung mit dem emigrierten Vorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in London auf und übermittelt wichtige Informationen. Zwei Mal wird er wegen „Wehrkraftzersetzung“ vor dem Kriegsgericht angeklagt.

Lorenz Knorr ist nach dem Krieg und nach Aussiedlung aus der ČSR im Rahmen der sogenannten Antifa-Transporte in der Sozialistischen Jugend in Bayern aktiv, wird in den Geschäftsführenden Vorstand der

Falken in Bayern gewählt, ist in den 1950er Jahren Bundessekretär der Sozialistischen Jugend – Die Falken, Büromitglied der Internationalen Falkenbewegung, die er auch bei der UNESCO vertritt. Er wird Mitglied des Jugendpolitischen und des Kulturpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD.

In diesen Jahren sieht er seine Aufgabe darin, junge Menschen mit dem Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen vertraut zu machen. Federführend ist er an der Ausarbeitung eines Zentralen Bildungsplanes zur geistigen Erneuerung der SPD beteiligt. Diese Erneuerung verlangt die Besinnung auf die besten Traditionen und Werte der SPD und Schlussfolgerungen aus der Spaltung der Arbeiterbewegung und aus Faschismus und Krieg. Antifaschistische Aufklärungsarbeit ist Bestandteil des Bildungskonzepts. Verfolgt wird von ihm ein „konsequent sozialistisches Ziel“, wobei Sozialismus als Fernziel begriffen wird, nicht als „Zuständereform der kapitalistischen Gesellschaft“. Sozialistische Bewusstseinsbildung im Verein geleistet verstand er als Lernen in der Aktion, verbunden mit gezielter Vermittlung. Um, wie ihm vorschwebte, „sozialistisch bestens gebildete junge Menschen in die SPD“ zu geben. „Um politischen Einfluss zu erreichen“ und mit Gleichgesinnten auf den Geschichtsverlauf, „gegen eine Wirtschaft und Gesellschaft“ einwirken zu können, die den Menschen volle Entfaltungsmöglichkeiten vorenthält.

Bei diesem Erneuerungsbemühen wurde von ihm besonders Wert auf das Gedankengut in Marxens Frühschriften zum Problem der Selbstentfaltung und zum bewusst handelnden Menschen in Sozialismus gelegt.

Andauernde Meinungsverschiedenheiten mit führenden Mitgliedern der SPD begleiten die Bildungsarbeit. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit Wehner und nach Einschwenken der SPD-Führung auf den NATO-Kurs Adenauers verlässt er die Partei. 1961 wird er auf Betreiben des SPD-Parteivorstandes aus der Sozialistischen Jugend – Die Falken ausgeschlossen.

Lorenz Knorr hat sich beharrlich mit reaktionären Traditionen, die auf deutschem Boden in den vergangenen zwei Jahrhunderten gewachsen sind, auseinandergesetzt. Er bezeichnet diesen historischen Prozess als „Deutschen Sonderweg“, dessen Kern der Sozialdarwinismus bildet. Entschiedene Ablehnung und Bekämpfung der Postulate und Praktiken der Französischen Revolution gehören zu den Wesenszügen dieses Weges.

In deutschen Landen sind die Verheißungen der Französischen Revolution „Volkssouveränität. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ von einer Minderheit - Vertretern des Humanismus und des fortschrittlichen, reformerischen Bürgertums geschätzt -, von der Feudalherrschaft aber verpönt und bekämpft. Autoritäre Herrschaftspraktiken gelten. Einerseits wird Untertanengeist anezogen und gedrillt, andererseits sind der „Übermensch“ und der „Zuchtmeister“ gefragt. Die bürgerliche Revolution von 1848 sieht mehrheitlich ein Bürgertum, das sich vor dem heranwachsenden Proletariat in die Obhut feudaler Macht begibt und den Schlachtruf „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ gelten lässt. Die Reichsgründung erfolgt mit „Blut und Eisen“ auf fremdem, okkupiertem Boden und setzt so die Eckpfeiler für neue „Ausfahrten“. Autoritäre, rassistische und chauvinistische sowie vor allem militaristische Traditionen entstehen und werden gepflegt. Grundwerte, die Marx und Engels als „Erzeugnisse der sich herausbildenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse“ charakterisieren.

Das „Sozialistengesetz“ von 1878 ordnet Lorenz Knorr als „Teil der Besonderheiten der deutschen Entwicklung“ ein: Wo sonst, in welchem anderen, von der Französischen Revolution geprägten Land, wäre dies möglich gewesen.

Die wirtschaftliche und politische „Aufholjagd“ des deutschen Imperialismus um „einen Platz an der Sonne“ mündet im Ersten Weltkrieg. Die militärische Niederlage gebiert die „Dolchstoß-Legende“. Die „Neuordnung Europas“ bleibt auf der politischen Tagesordnung. Es sind nicht nur geschichtliche Vorgaben, die das Bündnis von Kapitalherren, Generalität und NS-Führungssclique ermöglichten“, konstatiert Lorenz Knorr. Mit der faschistischen Barbarei erreicht der „Deutsche Sonderweg“ seinen Tiefpunkt. Mit dem Ausrottungs- und Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschland wird der Schlachtruf „bis alles in Scherben fällt“ grausame Wirklichkeit.

In seinen Untersuchungen rechtsextremer Kontinuitäten vom deutschen Kaiserreich, wo sie als völkische Ideologie und Praxis erscheinen, bis in unsere Tage „deutscher Leitkultur“, belegt er die ursächliche Verknüpfung mit der kapitalistischen Produktionsweise und Sozialstruktur. Er nennt zwei Hauptfaktoren, die rechtsextreme Kontinuitäten hervorbringen und die bruchlos bei unterschiedlichen Staatsformen weiterwirken.

Einmal sind das die ökonomischen Machtstrukturen bzw. Besitzverhältnisse, die Rechtsextremismus fortwährend neu produzieren. „Der

Widerspruch zwischen dem technischen Zivilisationsschub und den offenen bzw. subtilen Gewaltverhältnissen als Wesen des Kapitalismus wirkt über die Geschichtsbrüche hinweg bis in unsere Zeit“, so Knorr. Die materielle Basis ist umrissen und damit eine Funktion von Rechtsextremismus angedeutet.

Zum anderen betätigen sich generationsübergreifend „einflussreiche Minderheiten als politische Träger antidemokratischer Ideen und Praktiken“ entsprechend den jeweils veränderten konkreten Bedingungen. Vertreter der Finanzwirtschaft, der Staatsbürokratie, der Generalität sowie manche Wissenschaftler betätigen sich als „ideologische Konservatoren“ und repräsentieren den „subjektiven Faktor im historischen Entfaltungsprozess.“

In seinen Publikationen finden sich Analysen über den Zusammenhang von Faschismus und Krieg. „Sowohl praktisch-politische Erfahrungswerte als auch verifizierte theoretische Erkenntnisse belegen“, so Knorr, „dass Faschismus und Krieg ein voneinander unlösbares Phänomen bilden.“ In seinen Arbeiten hat er bei diesem Phänomen stets dessen ökonomische Wurzel offengelegt. Entschieden wies er die Demagogie und die gezielte Irreführung der Nazi-Führung zurück, die mit dem Begriff „Nationalsozialismus“ ihren Volksbetrug und ihr verbrecherisches Treiben tarnte. Ein Begriff, der bei seiner Verwendung durch die heutige systemtragende Politik Assoziationen gegen die sozialistische Idee auslösen soll. „Nationalsozialismus‘ ein *contradictio in adjecto*, ein Widerspruch in sich selbst“, befindet Lorenz Knorr, „ein Widerspruch in sich selbst, weil Sozialismus von Anfang an von internationalistischem Inhalt charakterisiert war.“ Und er fügt hinzu, dass der Begriff „Nationalsozialismus“ „teils unterschwellig, teils bewusst das unwissenschaftliche Totalitarismus-Theorem (befördert): Faschismus als totale Unterwerfung von Menschen und Sozialgruppen oder anderen Völkern wird gleichgesetzt mit einer von Ausbeutung, Unterwerfung und Krieg befreiten Gesellschaft der Freien und Gleichen“.

Einen breiten Raum in seinem Schaffen nimmt die Auseinandersetzung mit der Globalstrategie des US-Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg und der Rolle Westdeutschlands in dieser Strategie ein.

Nach Bruch der USA mit der Anti-Hitler-Koalition und mit ihren Beschlüssen für ein einheitliches, demokratisches und friedliches Nachkriegsdeutschland nimmt die westliche Supermacht, unterstützt von westdeutschen Hilfswilligen, Kurs auf die Gründung des Bonner Se-

paratstaates. Diese Gründung ist Bestandteil der Globalstrategie des US-Imperialismus, die auf ein „Roll back des Kommunismus“ gerichtet ist. Der BRD wird, wie Lorenz Knorr in verschiedenen Schriften nachweist, die Rolle eines „Bollwerks gegen den Kommunismus“ übertragen. Bald schon werden von den USA Hitlergenerale, sogenannte „Ostexperten“, zusammengezogen, um ihre „Osterfahrten“ „aufzuarbeiten“. Zügig wird die Bundeswehr aufgebaut und die BRD in die NATO integriert, was die Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse einschließt.

Der Grundwiderspruch dieser Welt konzentrierte sich, wie Lorenz Knorr formulierte, mehr und mehr auf deutschem Territorium.

Die Remilitarisierung der BRD, der Beitritt in die NATO, die damit verbundene militärische Konfrontation auf deutschem Boden und vor allem das Bonner Streben nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr führten in den 1950er Jahren zu einem großen Aufschwung der Friedensbewegung.

Nach seinem Ausschluss aus der SPD und der Sozialistischen Jugend wird Lorenz Knorr gemeinsam mit Karl Graf von Westphalen und Renate Riemeck Mitbegründer der Deutschen Friedens-Union (DFU). Zweieinhalb Jahrzehnte ist er Mitglied des dreiköpfigen (später fünfköpfigen) Direktoriums der DFU.

Sein Friedensdenken basiert auf den Erkenntnissen der Theoretiker der deutschen Arbeiterbewegung, von Marx, Engels und Wilhelm Liebknecht, sowie humanistischer Vertreter des Bürgertums.

Mit seinen Schriften und der unmittelbaren aktiven Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung unterstützt er deren Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Er vermerkt, wie SPD- und DGB-Führung nach und nach in ihrer Haltung zum Friedenserhalt einknicken und wie der aktivste Gegner der Remilitarisierung, die KPD, verboten und damit „vom legalen politischen Wirken ausgeschlossen“ wird. Sie hatte als erste gefordert, die Remilitarisierung zu verhindern, „solange auch nur die geringste Möglichkeit einer Verständigung zwischen Ost und West bestand“.

Das bereits 1951 erfolgte Verbot der FDJ und die Diskriminierung der antimilitaristischen Friedenskräfte als Staatsfeinde gehörten ebenso zum Arsenal des Antikommunismus, der zur Staatsdoktrin der BRD geworden war. Lorenz Knorr verdeutlicht, dass das „Schreckgespenst einer kommunistischen Bedrohung“ sich als altbewährtes Mittel erwies, viele Menschen in der BRD „zur passiven oder aktiven Akzep-

tanz der eingeleiteten Remilitarisierung als angeblich unausweichlicher ‚Verteidigung vor der roten Gefahr‘ zu veranlassen. Initiativen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und für Abrüstung wurden als „Propagandaschau“ diffamiert.

Auf großen Jugendkundgebungen klärt er als Funktionär der DFU darüber auf, dass am Massenmord während des Zweiten Weltkriegs unmittelbar beteiligte Hitler-Generale nunmehr an der Spitze der Bundeswehr dabei seien, die Deutschen erneut ins Verderben zu führen. Er erinnert an das Urteil des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals vom 1. Oktober 1946. Darin war über den deutschen Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht u. a. geurteilt worden: *„Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffsgelüste Hitlers und seiner Nazikumpane akademisch und ohne Folgen geblieben.“*

Lorenz Knorr dokumentiert, dass der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Heusinger, Hitlers Operationschef und für die Planung fast aller Überfälle auf die dann okkupierten Staaten war. Dass General Speidel nicht nur in Frankreich als „Geiselmörder“ berüchtigt war. Bundeswehrminister Strauß erstattet Anzeige wegen „Beleidigung“ der Bundeswehrgenerale Heusinger, Speidel, Foertsch, Kamhuber und Ruge.

Ich darf an dieser Stelle eine persönliche Erinnerung einflechten.

Als es im Mai 1963 in Solingen zum Prozess gegen Lorenz Knorr kommt, zählen zu den Sonderberichterstattem aus vielen Ländern auch der Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung Hans Teubner und ich für den Deutschlandsender. Das Wirken der DFU im Friedenskampf ist mir geläufig, auch das ihres Präsidiumsmitglieds Knorr. Doch hier lerne ich ihn richtig kennen und - schätzen. Als ein Oberstaatsanwalt den Prozess eröffnen will, wird nachgewiesen, dass der 1945 auf die Kriegsverbrecherliste gesetzt wurde. Er hatte wegen Bagatellen in Prag Todesstrafen verhängt. Der Oberstaatsanwalt muss abtreten. Er wird versetzt und - nicht überraschend für BRD-Verhältnisse - befördert.

Die Anklage gegen Lorenz Knorr zieht nicht den Paragraphen 186 StGB heran, sondern den Paragraphen 185, den aus der Kaiserzeit stammenden Majestätsbeleidigungsparagraphen. Knorr, so heißt es, habe die „Ehre der Bundeswehrgenerale verletzt“.

Der Angeklagte wird zum Ankläger. Auf einem Tisch hat er 300 Dokumente ausgebreitet. Sie weisen nach, dass die Spitzenmilitärs der Bundeswehr an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führend beteiligt und damit für 55 Millionen Tote verantwortlich waren. Lorenz Knorr hat bis dato die Generale des Massenmordes angeklagt. Er habe sie nicht als Massenmörder bezeichnet, sagt er. Doch nun frage er sich, „ob Massenmörder nicht eine Untertreibung ist. Denn die beteiligten Majestäten sind mitverantwortlich und mitschuldig am Genozid“. Das Urteil des Gerichts: 300 D-Mark Geldstrafe, ersatzweise dreißig Tage Haft! Ganze 60 D-Mark für die „Ehre“ eines Kriegsverbrechers.

Nach mehreren weiteren Verfahren wurde 1974 der Prozess eingestellt. Ein vor einer Sonderstrafkammer parallel angestregtes Verfahren wegen „Staatsgefährdung“ verlief im Sande.

Mit Sympathiebekundungen standen auf der Seite Lorenz Knorrs Prominente aus Wissenschaften, Kultur, Politik und Kirchen wie die Nobelpreisträger Bertrand Russel und Linus Pauling, Palmo Togliatto und Pietro Nenni, Martin Niemöller, Wolfgang Abendroth und Arnold Zweig sowie der stellvertretende Chefankläger des Nürnberger Tribunals Robert Kempner. Übrigens: Lorenz Knorr beendete in diesen Tagen die Arbeit an seinem 26. Buch, betitelt: „Generalsprozess, Geballte Staatsmacht contra Wahrheit“.

Als in den 1970er Jahren den Friedenskräften der Welt der Durchbruch zu einer Entspannungsphase gelingt, bilden Fragen der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz einen Schwerpunkt in der publizistischen Arbeit und im politischen Wirken Knorrs. Er orientiert darauf, dass sich mit der Kanzlerschaft Brandts für die Friedensbewegung ein neues Aktionsfeld erschließt. Die Versprechungen der Bundesregierung, „mehr Sicherheit durch weniger Rüstung“ und die Hinwendung zu den Erfordernissen einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz müssten durch Taten realisiert werden. Das friedenspolitische Wirken der Bewegung verlagere sich vom bisherigen Contra zum Pro. Wiederholt ist Lorenz Knorr mit DFU-Delegationen in Genf und in Wien bei den staatlichen Verhandlungen über gesamteuropäische Sicherheit und konventionelle Abrüstung präsent, um „Öffentlichkeit für Fortschritte zu schaffen sowie konkrete Vorschläge gesellschaftlicher Kräfte einzubringen.“

In Schriften und Reden wertet er die Perspektiven der friedlichen Koexistenz als Perspektiven des Überlebens der Menschheit. Er hebt her-

vor, dass im atomar-kosmischen Zeitalter die von Lenin begründete und von der jungen Sowjetunion eingeleitete Politik der friedlichen Koexistenz systemverschiedener Staaten in ihrer Substanz die einzig realistische Überlebenschance ist und dass der historisch unvermeidliche Systemwettstreit mit ausschließlich friedlichen und politisch vernünftigen Mitteln auszutragen sei.

Eindringlich, beschwörend schreibt er damals: *„Heute haben die ökonomisch-technischen Bedingungen durch die einseitige Förderung der Naturwissenschaften einen Entwicklungsgrad erreicht, so dass einerseits eine totale Weltkatastrophe möglich geworden ist, andererseits die materielle Grundlage für die Verwirklichung eines gerechten friedlichen, freiheitlichen und solidarischen Zusammenlebens besteht.“* Zugleich prangert er die herrschenden Kräfte in der Ausbeutergesellschaft an, die Ergebnisse der Naturwissenschaften für ihre Raubkriege zum Schaden der Völker und ihres Zusammenlebens zu missbrauchen.

Ende der 1970er Jahre sieht er als aktuelle, zukunftsorientierte Hauptaufgabe der Friedensbewegung zu verhindern, dass mit der Entwicklung, Produktion und Indienststellung neuer Generationen von Massenvernichtungsmitteln die Entspannung destabilisiert, die friedliche Koexistenz negiert und das Kriegsrisiko erhöht wird. Es gälte, die im Widerspruch zu bestehenden Abkommen entwickelten Cruise Missiles, Neutronen-Todesstrahlengeschosse und andere Waffenentwicklungen mit erhöhter oder neuartiger Vernichtungswirkung zu ächten. Er plädiert, um Reduzierung und Stopp der Rüstungsdynamik zu erreichen, für sogenannte Präventiv-Verträge und die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa. Sein Wort richtet sich an jeden Gutwilligen, für einen dauerhaften Frieden der sozialen Gerechtigkeit und demokratischer Erneuerung aktiv zu werden.

Für die Friedenskräfte entsteht 1979 eine völlig neue Lage und die Geiselfunktion Westeuropas einen Höhepunkt, als die USA neuartige „nuklear-strategische Atomraketen“ für den Ersteinsatz in Europa, für einen begrenzten Nuklearkrieg auf unserem Kontinent stationieren wollen. Nach der Wahl Reagans zum USA-Präsidenten ist 1982 aus Washington zu vernehmen, dass es „Wichtigeres als den Frieden“ gäbe. „Euroshima“ droht. Die USA sollen nach Meinung des Pentagon als „Sanktorium“ verschont bleiben. Eine sowjetische Initiative und eine machtvolle Friedensbewegung führen zum Abbau der atomar bestückten Mittelstreckenraketen in Europa.

Lorenz Knorr hat immer wieder in Publikationen und Vorträgen erläutert, dass Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Nuklearzeitalter aufhört, seine einstige Funktion im Sinne von Clausewitz zu erfüllen. Vernichtete Völker und verseuchte Territorien wären die Konsequenz, im Extremfall die Existenz der Menschheit.

Mit dem Ende des europäischen Sozialismus, so Knorr, wurde „der Weg zur Globalisierung des entfesselten Kapitalismus frei. Das weltweite Koordinatensystem veränderte sich grundlegend.“

Als bleibendes Verdienst der Systemalternative hob er die Eingrenzung der unmenschlichen innen- und außenpolitischen Praktiken der Profitwirtschaft – Ausplünderung der Völker und Raubkriege – hervor. Nun gingen die Herrschenden in den führenden kapitalistischen Ländern, besonders in den USA, davon aus, dass alles, was während des Systemwettbewerbs bzw. der höchst riskanten Konfrontation nicht zu realisieren war – die skrupellose Missachtung des Völkerrechts, der UNO, der Souveränität militärisch schwächerer Staaten und Völker, wie z.B. bei den Aggressionskriegen gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan und Irak hinfällig geworden sei.

Mit dem durch den Terroranschlag vom 11.9.2001 von der US-Administration erklärten „langandauernden Weltkrieg gegen den Terrorismus“ und der Androhung von militärischer Gewalt gegen „60 verdächtige Staaten“ wird, wie Knorr schrieb, ein historisches Novum der US-Kriegsführung“ gesetzt: Die Demonstration militärischer Superiorität der USA ist gegen Freund und Feind gerichtet. Gegen die totale rüstungstechnologische Überlegenheit der USA sei, so die US-Administration, jeder Widerstand zwecklos und jeder Rivale mit Untergang bedroht.

Neuestes Vernichtungsgerät und neue Strategien wurden erprobt, der atomare Ersteinsatz ebenso in die „Sicherheitsstrategie aufgenommen wie die Selbstmandatierung und die Präventivkriegsführung.

Der Ressourcenkrieg erhält, wie Knorr zeigt, neue Dimensionen, indem er nicht nur den eigenen maßlosen Rohstoffbedarf sichern, sondern zugleich die Hauptkonkurrenten der USA durch selektive Abgabe wichtiger Rohstoffe niederhalten soll.

Zur Rechtfertigung der Aggressionskriege, die mit einer „Verteidigung der Menschenrechte“ gerechtfertigt werden, wird eine „Psycho-Kriegsführung neuer Dimension“ praktiziert.

Lorenz Knorr untersucht die durch eigene Leistung nicht gedeckte Überbeanspruchung der USA, verursacht durch imperiale Weltpolitik,

angemaßte Weltgendarmenrolle und damit verbundene wahnwitzige Hochrüstung. Für den USA-Imperialismus träfe im besonderen Maße zu, das der tendenzielle Fall der Profitrate in den realen Fall umschlage. Die Grenze seiner Akkumulationsfähigkeit sei erreicht. Die Hochrüstung verstärkt die krisenhafte Entwicklung.

Die BRD beschritt den neuen deutschen Sonderweg nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg innerhalb der kapitalistischen Bündnisstrukturen, wie Lorenz Knorr in Publikationen und Vorträgen erläutert. Die Expansionsziele richteten sich im Kalten Krieg zunächst „nur“ gegen das sozialistische Lager. Die völkerrechtliche Anerkennung der Nachkriegsgrenzen wurde jahrzehntelang verweigert. Mit der „Hallstein-Doktrin“ sollten Staaten in Fragen einer diplomatischen Anerkennung der DDR diszipliniert werden. Nach dem Ende des europäischen Sozialismus wirkte die BRD wiederholt als „Scharfmacher“ in der NATO. Sie trat gegen eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa auf, die den Auf- und Ausbau westdeutscher Streitkräfte als Instrument neuer Aggression in Frage gestellt hätte.

Die größer gewordene BRD, inzwischen drittstärkste Industriemacht und dann Exportweltmeister, meldete ihren Anspruch auf Weltmachtrolle an. Nachdrücklich verlangte Bundeskanzler Kohl, Deutschland müsse sich „künftig zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“

1991 forderten deutsche Politiker nach vorpreschender völkerrechtlicher Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, die gegen die zunächst vertretene Position von UNO, USA und EU erfolgte, zur Zerschlagung Jugoslawiens NATO-Truppen an. Von deutschem Boden ging wieder Krieg aus. Die Bundeswehr war Interventionsarmee geworden. Die von Kohl, Kinkel, Rühle und Schäuble beschworene „Rückkehr zur Normalität“ sollte, so Knorr, vermitteln, „dass neue Aufholjagden und militärische Interventionen in der deutschen Geschichte nichts Besonderes seien.

Die BRD erwies sich als maßgebliche Triebkraft für die Osterweiterung von NATO und EU: womit sie der geopolitischen Orientierung zum Ausbau ihrer Hegemonie im EU-Raum folgte. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien und in Weißbüchern der Bundesregierung wurde die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr festgeschrieben, um beim Zugriff auf Märkte und Rohstoffe präsent zu sein und „robust“ handeln zu können. Nicht nur am Hindukusch, sondern überall in der

Welt, wo der Auslandseinsatz Profitmaximierung für deutsche Konzerne verspricht. Lorenz Knorr hatte in diesem Zusammenhang den EU-Verfassungsentwurf verurteilt, mit dem in der EU die Militarisierung gegen den Willen der Völker erzwungen und perfekt gemacht werden solle. Was inzwischen mit dem Inkrafttreten der Verfassung praktisches Verfahren geworden ist. Aufgebaut wird eine europäische Interventionsarmee, um, wie Knorr darlegt, eine erhöhte Kriegsführungsfähigkeit zu erreichen. Wie gewichtig seine Mahnungen sind, zeigt das bekräftigte Festhalten der USA an der nuklearen Erstschlagsdoktrin und die Modernisierung von Atomwaffen ebenso, wie das Beharren auf Errichtung des US-Raketenschildes „Missile defence“ in Europa, das NATO-Projekt werden soll.

In seinem aufklärerischen Wirken über die Ursachen und Verursacher der Kriege hat es Lorenz Knorr nicht bei bloßen Enthüllungen belassen. Zugleich hat er die Wege zu dauerhaftem Frieden, hat er die Erfordernisse konstruktiver Friedenspolitik umrissen. „Frieden“, so schrieb er, „ist nicht nur als Abwesenheit militärischer Gewaltanwendung zu definieren, sondern vor allem als gesellschaftliche Praxis mit positiven sozialen Inhalten. Frieden ist nicht einfacher Gegensatz zum Krieg; beide werden in ihrem Charakter und in ihrem sozialen Inhalt von den jeweiligen Besitz- und Machtverhältnissen bestimmt und von der Politik, welche diese hervorbringt.“

Lorenz Knorr hat seit Jahrzehnten die wachsende geistige Verstepung und seelische Verelendung sowie den moralischen Verfall in den imperialistischen Ländern entlarvt. Die Manipulierung des Bewusstseins der Menschen, die psychologische Kriegführung gegen die Völker als Machtinstrument und Bestandteil der Globalstrategie sind für ihn Gegenstände bleibender Auseinandersetzung. Er weist auf drei Schwerpunkte hin, die den Psychologischen Krieg kennzeichnen: „Die Wirklichkeit wird stets in raffinierter Weise verschleiert, um reale Interessenwahrnehmung mit dem Ziel menschlich gestalteter gesellschaftlicher Verhältnisse zu verhindern“,

Mit dem Gegeneinander-Aufwiegeln von Menschen, sozialen Gruppen und Völkern werde die Herrschaft der privilegierten Minderheit abgesichert. „Und es werden elementare Triebkräfte und Emotionen mobilisiert, um das Entstehen und Wirken des gesellschaftlichen Bewusstseins mit auf Veränderungen gerichtetem Agieren zu verhindern. Unterhalb der Bewusstseinschwelle wirkt man gegen Aufklärung und Gebrauch des Verstandes. Menschen und Menschenmassen versucht

man immun zu machen gegen alle wesentlichen Erfahrungen des Lebens der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung. Bestimmte Reflexe werden ausgelöst, um die folgenden Reaktionen im Interesse der herrschenden Minderheit zu steuern.“

„Geistige Versteppung“ ist von diesen herrschenden Kräften in Krisenzeiten umso mehr gefragt.

Die Entfaltung von Terrorhysterie und Islamophobie in den vergangenen Wochen, da das Bundeskabinett weiteren Sozialabbau beschloss und weiteren Demokratieabbau „andachte“ spricht Bände.

Vor neun Jahren hatte Lorenz Knorr in seiner Rede auf einer Kundgebung des DGB und der Anti-Nazi-Koordination in Frankfurt am Main u. a. darauf hingewiesen, dass *„Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ... nicht immer von sozialer Deklassierung verursacht (ist). Oft sind“*, wie er weiter ausführte *„die Stichwortgeber des Hasses gegen unsere ausländischen Mitbürger oder Asylanten die sogenannten Modernisierungsgewinnler, also Bessersituierte“*. Und so wäre hinzuzufügen, führende Politiker des Landes. *„Ihr dummes Gerede“*, heißt es bei ihm weiter, *„klammert von der sogenannten Überfremdung aus, dass die Zukunft Deutschlands auch vom Zuzug und von gleichberechtigter Mitarbeit von Menschen abhängt, die zufällig in einem anderen Land geboren sind.“* Schon damals wies er warnend darauf hin, dass „rechtsextremes Denken weit über die Mitgliederzahlen neofaschistischer Parteien hinausreicht.“ Gedanken und Mahnungen die heute aktueller denn je sind.

Lorenz Knorr, Autodidakt, der keinen Gymnasiumsbesuch und keine Hochschulausbildung kennengelernt hat, der keinen akademischen Grad verliehen bekam, kann auf ein jahrzehntelanges reiches publizistisches Schaffen und politisches Wirken zurückblicken. Auf der Konferenz „Aufklärung – Frieden – Antifaschismus / Über die Aktualität und Notwendigkeit einer Gesellschaft der Freien und Gleichen“, die anlässlich seines 85. Geburtstags vor vier Jahren in Frankfurt am Main stattfand, wurde die so treffende Feststellung getroffen, dass der Jubilar „seit seiner Jugend bereits ...ein konsistentes philosophisches und zugleich politologisch-pädagogisches Konzept“ entwickelte. Die 26 Bücher, die jetzt von ihm vorliegen, zeichnen sich durch wissenschaftliche Akribie und theoretisch fundierte Analyse aus. Eine Vielzahl von Broschüren, Aufsätzen und Artikeln stammen aus seiner Feder. Vorträge an Schulen und vor Gewerkschaftsorganisationen – 50 Vorträge allein im vergangenen Jahr - verraten ein enormes Arbeitspensum. Die

Ergebnisse seines Schaffens weisen ihn als Aufklärer zu Grundfragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in beachtlicher Komplexität aus.

Von 1960 bis 1990 nahm er an vielen Tagungen des Weltfriedensrates als Redner oder Diskutant teil. In den 1970er Jahren war er Leiter des Projekts Frieden & Abrüstung an der Universität Oldenburg, in den 1980er Jahren gehörte er dem Wissenschaftlichen Kuratorium des Zentrums für Marxistische Friedensforschung an. In den 1990er Jahren war er Bundessprecher der VVN/BdA. Ein Jahrzehnt lang wirkte er als Vizepräsident des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte, Sitz Wien. Im Europäischen Friedensforum ist sein Beitrag geschätzt.

Er wurde mit der Goldmedaille der tschechischen Gesellschaft für Internationale Verständigung, der großen Verdienstmedaille des tschechoslowakischen Rundfunks und Fernsehens, mit der Ossietzky-Medaille des DDR-Friedensrates, mit der Großen Medaille der Stadt Frankfurt am Main für Antifaschistischen Widerstand sowie mit der Goldenen Ehrennadel der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft geehrt.

Das Ringen um sozialen und demokratischen Fortschritt, verbunden mit dem antifaschistischen und antimilitaristischen Friedenskampf ist für ihn bleibende Verpflichtung. Für eine von Ausbeutung und Krieg freie Gesellschaft der Freien und Gleichen. Damit der Mensch endlich „das höchste Wesen für den Menschen sei“. Von historischem Optimismus durchdrungen, vertritt er wie so viele Millionen den Kampfruf: „Eine andere Welt ist möglich“. In Wort und Schrift bekräftigt er wie zwingend nötig diese andere Welt ist.

Auf den ersten historischen Versuch, so betont er, müsse *„ein zweiter folgen..., wenn die Menschheit nicht im Chaos oder in einem atomaren Inferno untergehen will.“*

Aufklärung bedeutet für ihn: „Veränderung hin zur Zukunft und Beförderung der Humanität mit dem Ziel einer menschlichen Gesellschaft wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte umrissen ist.“